

**Betreff:**

Weiterhin offene Fragen hinsichtlich der Rolle der AWO Wiesbaden und der Causa Manjura  
-Antrag der CDU-Fraktion vom 24.02.2021-

**Antragstext:**

Es ist festzustellen, dass weder die AWO noch Herr Stadtrat Manjura die Gelegenheit genutzt haben, die im letzten Revisionsausschusses gestellten Fragen (SV 20-F-02-0022) zufriedenstellend zu beantworten, aber auch die Vorwürfe, die durch die Berichterstattung des Wiesbadener Kuriers vom 19. Februar 2021 erhoben wurden, zu entkräften. Die AWO blockiert eine transparente Aufklärung der aufgestellten Fragen und aufgeworfenen Vorwürfe. Dies lässt nur noch die Forderung nach einer externen Aufklärung zu. Nur dadurch kann das Compliance System der AWO einem Stresstest unterzogen werden und endlich die gewünschte Aufklärung bringen.

Herr Stadtrat Manjura schweigt bis heute zu dem Sachverhalt oder beantwortet Fragen, die ihn und seine Tätigkeiten betreffen, ausweichend oder unpräzise. Für den Magistrat antwortet er als Betroffener selber, was äußerst unüblich ist. Hierbei verweist er oft darauf, dass er interne Dokumente der AHW nicht etwa als Stadtrat weitergegeben habe, sondern in seiner Zeit als gewählter Stadtverordneter oder Aufsichtsratsmitglied, was immer noch einen Bruch gegenüber seiner Unbefangenheit darstellt.

Daher möge der Ausschuss beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- I. Der Magistrat wird aufgefordert, sich als Kollegialorgan mit der konkreten Beantwortung in Bezug auf Beschlusspunkt 9 des Beschlusses mit Nr. 0158 vom 25. November 2020 zu befassen. Dabei sind in tabellarischer Form alle städtischen Vorgänge, die die AWO direkt oder indirekt betrafen, aufzulisten und klar zu kennzeichnen mit welchen Vorgängen Herr Stadtrat Manjura direkt und indirekt befasst war, sowie welche er eigenständig entschieden hat.
- II. Der Magistrat wird aufgefordert der Stadtverordnetenversammlung vertreten durch den Revisionsausschusses zu dessen nächster Sitzung - voraussichtlich am 5. Mai 2021 - folgende Fragen zu beantworten:
  1. Welche Schritte hat der Magistrat als Kollegialorgan bisher in der Sache unternommen? Wurde Herr Stadtrat Manjura zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen befragt, und wenn dem so ist, wie sah dessen Kooperation aus?
  2. Wurde die Weitergabe interner Dokumente und vertraulicher Informationen (Wiesbadener Kurier vom 16. September 2020) seitens des Magistrats

untersucht? Wenn ja, wie wurde dieser Vorgang bewertet? Wie gestaltete sich diese Untersuchung?

3. Wurde das Revisionsamt oder die Konzernrevision in diese Untersuchungen mit einbezogen? Wie sah ihr Votum aus?
4. Grundsätzlich stellt sich die Frage, wie ein Einstellungsprozess bei der AWO Wiesbaden abläuft? Nach welchen Kriterien werden Bewerber ausgesucht und ggf. eingestellt? Wird der Personalrat bei Einstellungen angehört? Hat dieser bei der Einstellung bei Herrn Manjura eine Stellungnahme abgegeben? Wenn ja, wie sah diese aus?
5. Welche Voraussetzungen und Anforderungen muss ein Bewerber erfüllen, um beim persönlichen Referat der Geschäftsführung eingestellt zu werden? Wie sahen die bisherigen Stellenausschreibungen und Anforderungsprofile aus? Welche Referenten sind über eine Stellenausschreibung eingestellt worden? Wurden Stellen auch ohne das Durchlaufen des üblichen Bewerbungsverfahrens vergeben? Wenn ja, warum?
6. Wie wird die Arbeitszeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktuell erfasst? Welches Modell wird hier verfolgt? Wie ist die Arbeitszeiterfassung konkret bei Herrn Manjura erfolgt? Wie wurde Herr Manjura in der Ausübung seiner Stadtverordnetentätigkeit von der AWO unterstützt? Wie ist mit der Freistellungsthematik hinsichtlich des Stadtparlaments umgegangen worden? Wurde dies dokumentiert? Wenn nicht, warum nicht?

III. Der Magistrat wird aufgefordert,

- A) die AWO aufzufordern, eine externe Prüfung ihres Compliance Management System in Auftrag zu geben.
- B) eine externe Investigation zu beauftragen, die die Verbindung zwischen AWO, der Stadt Wiesbaden und dem Stadtrat Manjura aufklärt.

Wiesbaden, 01.03.2021

Dr. Bernd Wittkowski  
Fraktionsvorsitzender und  
Revisionspolitischer Sprecher

Gunnar Koerdts  
Fraktionsgeschäftsführer